

Sozialismus.de

Heft 12-2020 | EUR 8,00 | C 12232 E

Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare | täglich im Netz



Otto König/Richard Detje:
IG Metall-Tarifrunde 2021

J. Böwe/S. Krull/J. Schulten:
Welche Mobilitätswende?

Beiträge u.a. von

Brigitte Schulz, Özlem Alev
Demirel, Stephanie Odenwald,
Ingar Solty, Erhard Korn,
Klaus Bullan, Heinz Bierbaum,
Björn Radke, Detlef Umbach



Forum
Gewerkschaften



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.de.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion
zwischen den monatlichen
Printausgaben im Netz auf
www.Sozialismus.de

Grüne Zeitenwende?

»Jede Zeit hat ihre Farbe«, prangte an der Studiowand, vor der der erste digital durchgeführte Parteitag der Grünen über die Bühne ging. Gut 800 Delegierte waren zum virtuellen Parteitag zusammenschaltet.

Eine neue Ära der türkischen Ökonomie?

Die türkische Notenbank hat den Kampf gegen die Inflation mit einer kräftigen Zinserhöhung aufgenommen. Sie hob den geldpolitischen Schlüsselsatz am Donnerstag auf 15,0% von bislang 10,25% an. Sie versicherte zugleich, entschlossen am Straffungskurs festzuhalten.

Die Linke kehrt zurück

Es war ein Moment der Hoffnung – nicht nur für Bolivien, sondern für Lateinamerika: Obwohl die »Bibel schwingenden« Putschisten vor einem Jahr verkündet hatten, dass »die Wilden nie wieder an die Macht« kommen dürften, wurden am 8. November der neu gewählte linke Präsident Luis Arce und sein Stellvertreter David Choquehuanca in ihren Ämtern vereidigt.

Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonent*innen und Leser*innen das konkret machen könnten, steht ebenfalls unter
www.Sozialismus.de

Trump-Ablösung in den USA – die Arbeit beginnt

Brigitte Schulz: Warum ist Donald Trump so beliebt? Zehn Thesen zum Ausgang der US-Präsidentschaftswahlen	2
Detlef Umbach: »Ein großer Teil der Wählerschaft hat den Soziopathen gewählt«	6
Ingar Solty: Imperialer Neoliberalismus, rechtsautoritärer Nationalismus Zur Analyse der US-Präsidentschaftswahl 2020	9
Stefanie Odenwald: Ein Meilenstein. Die Wahl von Kamala Harris zur ersten weiblichen Vizepräsidentin	16
Joachim Bischoff/Bernhard Müller: Knapper Sieg der Demokraten für einen Politikwechsel	19

Europäische Seuchen, europäische Lösungen

Bernhard Sander: Niederlande – Wirtschaftseinbruch und soziale Verwerfungen	29
Erhard Korn: Je suis Samuel? Islamistische und faschistische Bedrohungsallianzen	32
Özlem Alev Demirel: Für eine europäische Mindestlohnpolitik	36

Zukunfts-Fragen und -Akteure

Klaus Bullan: Generation Greta – die neuen 68er?	40
Björn Radke: Politische Halbherzigkeiten überwinden. Die Welt neu denken und »in die Pötte« kommen	45
Heinz Bierbaum: Wo ist DIE LINKE? Überlegungen zum Strategieprozess der Partei	49
Michael Brie: Im Verlieren lernen zu kämpfen (zu Jochen Weichold, Die PDS in turbulenten Zeiten)	52

Forum Gewerkschaften

Otto König/Richard Detje: Tarifaueinandersetzung in der Krise Tarifrunde 2021 in der Metall- und Elektroindustrie	53
Jörn Böwe/Stephan Krull/Johannes Schulten: Kein Ding der Unmöglichkeit Warum Belegschaften einer Neuausrichtung der Autoindustrie offener gegenüberstehen als gedacht	57
Robert Hinke: Die »friedliche Revolution« 1989 – Wende ohne Werktätige?	62

Impressum | Veranstaltungen & Tipps | Film

Impressum	55
Veranstaltungen & Tipps	68
Klaus Schneider: Ökozid (Filmkritik)	69

Wo ist DIE LINKE?

Überlegungen zum Strategieprozess der Partei

von ■ Heinz Bierbaum



Zurückgetretene Noch-Vorsitzende (hier am 31.8.2020) (dpa)

Die zweite Welle der Corona Pandemie bestimmt unser Leben in jeder Hinsicht. Dies gilt für die berufliche ebenso wie für die private Situation. Wir sehen uns zahlreichen Einschränkungen ausgesetzt, wobei die Maßnahmen weitgehend akzeptiert werden. Zunehmend wird allerdings auch Kritik laut. So wird bemängelt, dass es sich meist um Ad-hoc-Maßnahmen handelt und es an einer längerfristigen Planung fehlt. Und ebenso wird zu Recht kritisiert, dass demokratische Rechte eingeschränkt und die parlamentarische Beteiligung umgangen werden, wobei aber die Parlamente auf nationaler wie auf Länderebene sich dies auch sehr lange gefallen ließen. Zunehmend kommen zudem Ängste auf und es wächst die Unsicherheit. Unbehagen und Kritik machen sich dabei vorwiegend in diffusen Pro-

testbewegungen geltend, die zwar nicht durchweg als rechts bezeichnet werden können, aber doch wesentlich von rechtsextremen Gruppierungen organisiert und bestimmt werden.

Trotz aller Kritik und der Forderung nach mehr demokratischer Beteiligung, ist es die Stunde der Exekutive, nicht der Parlamente. Und es ist nicht die Stunde der Opposition, sondern die der Regierung, wobei von den beiden Regierungsparteien einseitig die Union profitiert.

DIE LINKE ist nahezu aus der Öffentlichkeit verschwunden. Ohnehin stark medial benachteiligt, vermochte sie sich aber auch nicht in der Krise zu profilieren. Mit ihrer berechtigten Kritik an der sozialen Schieflage der Maßnahmen und ihren Vorschlägen zur sozialen Absicherung der am stärksten der

Pandemie betroffenen Gruppierungen wie etwa dem Gesundheits- und Pflegepersonal, den prekär Beschäftigten, den von den Schließungen betroffenen Beschäftigten oder aber auch der Solo-Selbständigen und den Kulturschaffenden oder Kleinunternehmern dringt sie kaum durch. Und in Sachen Demokratie war sie lange zögerlich.

Gleichzeitig legt die Pandemie die grundsätzliche Krisenhaftigkeit kapitalistischer Entwicklung mit aller Deutlichkeit offen. Wir haben es mit einer tiefgreifenden Krise zu tun, in der die in der kapitalistischen Akkumulation ohnehin liegenden Widersprüche durch neue Herausforderungen insbesondere

Heinz Bierbaum ist Präsident der Europäischen Linken und Mitherausgeber von Sozialismus.de, zuletzt schrieb er in Heft 6-2020 zu »Corona und die europäische Linke«.

ökologischer Art wie der Klimakrise verschärft werden. So hat eine auf fossilen Energien beruhende Produktion keine Zukunft mehr. Der gesellschaftliche Produktionsprozess wird sich dadurch erheblich verändern, wozu die zunehmende Digitalisierung beiträgt. Es handelt es sich um Transformationsprozesse, die das Akkumulationsregime und die Regulationsweise des Kapitalismus verändern.

Die durch die Pandemie zusätzlich verstärkte Fragilität und Krisenhaftigkeit des herrschenden, nach wie vor neoliberal geprägten sozio-ökonomischen Entwicklungsmodells bietet erhebliche Risiken, aber auch Chancen. Risiken bestehen vor allem in der Gefahr autoritärer Antworten und nationalistischen und rassistischen Lösungsversuchen, einhergehend mit der Erstarken der extremen Rechten bis hin zu faschistischen Bewegungen.

Gleichzeitig aber gibt es auch die Chance für einen Politikwechsel, wie ihn die Linke fordert, also für eine solidarische Entwicklung der Gesellschaft, die die gesellschaftlichen Bedürfnisse ins Zentrum stellt.

Diese Chance konnte die Linke bislang weder auf nationaler noch auf europäischer Ebene wahrnehmen. So bemüht sich zwar die Europäische Linke mit ihrer Plattform »Die Corona Krise und die Konsequenzen für die europäische Politik« um das Aufzeigen eines Weges, wie man sozial aus der Krise kommt. Diese sollte als Basis für eine europaweite Kampagne dienen, die aber nicht so recht vom Fleck kommt. Und mit dem dieses Jahr allerdings wegen der Pandemie nur online stattfindenden Europäischen Forum bemüht sie sich auch um Herstellung eines breiteren progressiven Bündnisses, doch dringt sie damit nur unzureichend durch. Gleiches gilt für die deutsche Linke, die zwar viele richtige Vorschläge macht, aber wenig Wirkung erzielt. Die Linke kann sich aktuell nur schwer als überzeugende politische Alternative präsentieren. Diese Rolle fällt gegenwärtig eher den Grünen zu, die dadurch bevorteilt sind, dass ökologische Fragen – diese gelten als ihr Markenkern – zunehmend ins gesellschaftliche Bewusstsein treten.

Die Lage für DIE LINKE ist zusätzlich dadurch erschwert, dass der für Ende Oktober geplante Parteitag coronabedingt verschoben werden musste. Dies hat ein politisches Vakuum zur Folge. Die bisherigen Vorsitzenden haben erklärt, dass sie nicht wieder antreten wollen, was sie in der öffentlichen Wahrnehmung schwächt. Die mögliche neue Parteiführung konnte noch nicht gewählt und bestätigt werden, was öffentliche Auftritte ebenfalls kaum zulässt. Auch die dringend notwendige Debatte über die weitere Ausrichtung der Partei konnte nicht geführt werden. Dies beeinträchtigt die öffentliche Präsenz der Partei erheblich.

Angesichts dieser Situation wäre es umso notwendiger, die Diskussion um die strategische Ausrichtung der Partei zu organisieren. Davon kann jedoch keine Rede sein. Die Strategiekonferenz im Februar dieses Jahres in Kassel führte nicht zu einer systematischen Debatte. Es gab zwar eine Vielzahl von Beiträgen, die jedoch kaum in der Partei aufgegriffen wurden.

Es ist Zeit, dass die Strategiedebatte erneut aufgenommen wird. Denn es gilt, das politische Profil zu schärfen, um DIE LINKE gesellschaftlich wieder stärker sichtbar zu machen. Aber statt sich mit der grundsätzlichen Ausrichtung der Partei auseinanderzusetzen, stehen vielfach Überlegungen im Vordergrund, ob und wie man sich an einer Regierung beteiligen kann oder soll. Dies ist nicht hilfreich. Die Frage der Regierungsbeteiligung ist eher zweitrangig. Entscheidend ist vielmehr, wie sich die Partei im gesellschaftlichen Kräfteverhältnis verortet und welche Schlussfolgerungen daraus zu ziehen sind, um damit DIE LINKE stärker zu machen. Es ist ja wohl unbestritten, dass eine Stärkung der Partei die Voraussetzung für mögliche Regierungsbeteiligungen darstellt.

Ausgangspunkt für die strategische Ausrichtung der Partei sind die Widersprüche der sozio-ökonomischen Entwicklung. Dabei handelt es sich um unmittelbare Widersprüche, wie sie in der sozialen Schieflage und der wachsenden sozialen Ungleichheit zum Ausdruck kommen. Zu deren Lösung hat DIE LINKE eine ganze Reihe von konkreten Maßnahmen vorgeschlagen, so z.B.

im Bereich von Gesundheit und Pflege. Zum anderen aber handelt sich um tiefer liegende, grundsätzliche Widersprüche, die die Frage nach einer ganz anderen Produktionsweise und anderen gesellschaftlichen Verhältnissen aufwerfen.

Wir haben es mit einer Situation zu tun, in der das alte System brüchig wird, ein neues sich aber noch nicht entwickeln kann – eine Situation, die Antonio Gramsci als Interregnum charakterisierte. Doch hier liegt genau die Chance für die Linke, sich zum politischen Protagonisten für eine neue Gesellschaftsordnung zu machen – also für eine demokratische Transformation des Kapitalismus einzutreten und damit die Perspektive einer Gesellschaft des demokratischen Sozialismus zu eröffnen.

Angesprochen ist damit der sozial-ökologische Umbau der Gesellschaft als dem Zentrum für die strategische Ausrichtung der LINKEN. Dies wird in der Tat aufgegriffen und es wird von der Notwendigkeit eines sozialen und ökologischen Systemwechsels gesprochen, wie dies z.B. im Leitantrag für den geplanten Erfurter Parteitag heißt. Und zu Recht unterscheidet sich die Linke von anderen Konzeptionen einer sozial-ökologischen Transformation oder auch einem »Green New Deal« dadurch, dass sie die Notwendigkeit eines »System Change« (Bernd Riexinger) betont, während etwa der »European Green Deal« der EU letztlich dem neoliberalen Dogma verhaftet bleibt und die Grünen doch eher die ökologische Modernisierung des Kapitalismus im Sinne haben.

Es reicht allerdings nicht aus, diesen Umbau zu propagieren und eine Reihe richtiger Forderungen zu stellen, sondern es gilt, die betrieblichen Transformationsprozesse und die damit verbundene gewerkschaftliche Diskussion aufzugreifen und sich in diese Prozesse aktiv einzumischen.

Dazu ist es freilich notwendig, dass sich DIE LINKE stärker in den Betrieben verankert. Es ist Aufgabe der Linken, dabei deutlich zu machen, dass bei den laufenden Transformationsprozessen etwa in der Automobilindustrie betriebliche Modernisierung nicht genügt,

sondern es dazu betriebsübergreifen- der gesellschaftlicher Lösungen bedarf. So stellt beispielsweise die von den Unternehmen angestrebte Umstellung auf Elektrofahrzeuge keine wirkliche Lösung dar. Notwendig sind weiter reichende technologische Konzepte und vor allem die Verbindung mit neuen, kollektiv ausgerichteten Mobilitätskonzepten.

Dazu ist eine entsprechende öffentliche Investitionspolitik nötig, die zugleich investitionslenkenden Charakter hat. Die notwendige ökologische Konversion hat nicht nur einen tiefgreifenden Umbruch im gesellschaftlichen Produktionsprozess zur Folge, sondern erfordert auch die politische Steuerung der wirtschaftlichen Entwicklung – ausgerichtet nicht am Profit, sondern an den gesellschaftlichen Bedarfen. Für die Linke ist dabei weiter entscheidend, dass die Beschäftigten selbst miteinbezogen werden. Transformationsprozesse sind also mit wirtschaftsdemokratischen Konzepten zu verbinden.

DIE LINKE hat es allerdings bislang nicht vermocht, diese Orientierung auf den sozial-ökologischen Umbau mit der Perspektive einer neuen Gesellschaftsordnung zu ihrem Markenkern zu machen. Schwerpunkt bleibt die soziale Absicherung und damit die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit. So richtig es ist, diese ins Zentrum linker Politik zu stellen, so reicht dies allein angesichts der epochalen gesellschaftlichen Umbrüche nicht aus, zumal die identitäts-

stiftende Wirkung der sozialen Gerechtigkeit nachlässt.

Ein weiterer Markenkern der LINKEN ist ihr Eintreten für Frieden und Abrüstung. Doch auch hier ist ihr Erscheinungsbild widersprüchlich. So werden auf der einen Seite appellartig Bekenntnisse zu friedenspolitischen roten Linien abgegeben, während auf der anderen Seite vor allzu fundamentalistischen Positionen gewarnt wird, die einer möglichen Regierungsbeteiligung im Weg stehen könnten. Eine wirkliche Debatte findet in der Partei nicht statt. Dabei sind die zentralen Positionen eigentlich klar: keine Auslandseinsätze der Bundeswehr, Reduzierung und letztlich Stopp der Rüstungsexporte, keine Militarisierung der EU, Auflösung der NATO zugunsten eines neuen kollektiven Sicherheitssystems unter Einschluss Russlands. Doch das politische Engagement dafür ist eher dürftig. Es würde der LINKEN gut zu Gesicht stehen, eine Initiative für eine europaweite Entspannungspolitik zu ergreifen.

Überhaupt wäre angesichts der zugespitzten Weltlage und einem drohenden neuen kalten Krieg es nötig, dass sich die LINKE außenpolitisch stärker profiliert. Der Wahlsieg Joe Bidens in den USA wird an deren außenpolitischer Position nichts Wesentliches ändern. Nach wie vor sollen die Europäische Union und dabei insbesondere Deutschland in diese Politik eingebunden werden. Die LINKE muss sich international stärker positionieren und sich

um ein eigenständiges auf Kooperation und nicht auf Konfrontation basierendes Verhältnis zur weltpolitischen Entwicklung bemühen.

Insgesamt gilt es also, die Debatten um die strategische Ausrichtung der Partei DIE LINKE zu intensivieren. Es geht darum, die vielen richtigen Einzelforderungen zu verdichten und zuzuspitzen. Soziale Gerechtigkeit bleibt ein zentrales Fundament linker Politik, doch es gilt darüber hinauszugehen und die Chance angesichts der epochalen gesellschaftlichen Umbrüche für einen grundsätzlichen Politikwechsel mit der Perspektive einer neuen Gesellschaftsordnung, also einer Gesellschaft des demokratischen Sozialismus zu ergreifen.

Dazu ist es notwendig, die sich aus den Transformationsprozessen ergebenden Anknüpfungspunkte aufzugreifen und mit einer weiter gehenden Perspektive zu verbinden. Voraussetzung für ein solches Eingreifen ist allerdings eine sorgfältige Analyse der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, an der es bislang fehlt. Die anstehende Diskussion um das Programm für die Bundestagswahl bietet sowohl die Chance für eine solche Einschätzung als auch für die notwendige Debatte um die Ausrichtung der Partei. Es ist zu hoffen, dass man sich nicht – wie so oft – in Einzelforderungen verliert, sondern in größeren Zusammenhängen denkt.



Christoph Butterwegge

Ungleichheit in der Klassengesellschaft

978-3-89438-744-0 | 183 S. | € 14,90

Ungleichheit und Benachteiligung beschränken sich nicht nur auf Einkommen und Vermögen, sondern erstrecken sich auf fast alle Lebensbereiche: Bildung, Wohnen und auch Gesundheit. »Vor dem Corona-Virus sind alle gleich«, glaubten viele. Das Gegenteil trifft zu: Kurzarbeit und Entlassungen hier, hohe Profite für Konzerne krisenresistenter Branchen dort.



Stephan Krüger / Klaus Müller

Das Geld im 21. Jahrhundert Die Aktualität der Marx'schen Wert- und Geldtheorie

978-3-89438-743-3 | 185 S. | € 20,-

Jeder kennt das Geld. Doch was ist das Wesen des Geldes? Wie ist es entstanden? Welche Formen hat es im Laufe seiner Geschichte angenommen? Die Autoren spannen den Bogen von den Ursprüngen der Zahlungsmittel über das heutige Geldsystem und die Rolle der Zentralbanken bis zum digitalen Geld der Zukunft.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen

ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo (www.Sozialismus.de). Beides geht auch mit dem beigegefügtten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 75,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).

Ich möchte die Buchprämie Kapital 68er ABC

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 55,- (für Arbeitslose/Studenten).

Ich möchte die Buchprämie Kapital 68er ABC

Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 16,-/Ausland € 25,-).

Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

